

LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li



Drei Speedrennen stehen an

Das erste Training in Lake Louise entschied Tina Weirather für sich. Was liegt in den Rennen drin? 13

Ein kompakter Städtebau

In der aktuellen «bauen+wohnen»-Serie wird ein vielfältiger Mix an Wohnungen vorgestellt. 8



www.linexa.com
Am Schrägen Weg 9, FL-9490 Vaduz

Instagram

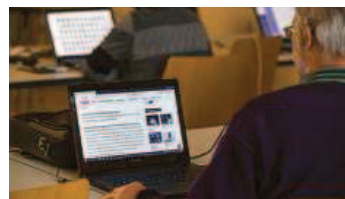
Das Vaduzer Medienhaus bietet ab heute einen Blick hinter die Kulissen 2

Erleuchtet

In Gamprin bleibt immerhin jede zweite Lampe beleuchtet 3

Drei Pitches

Der «Business Angels Club Liechtenstein» lud zum ersten Mal ein 17



Am Ball bleiben

Senioren bilden sich am Computer weiter – in speziellen Kursen. 3

Sapperlot

Der St. Galler Kantonsrat hat sich diese Woche knapp für ein Burkaverbot ausgesprochen.

Das beschlossene Verhüllungsverbot ist allerdings ein Gummi-paragraph. Gebüsst werden kann, wer sich im öffentlichen Raum durch die Verhüllung des Gesichts unkenntlich macht und dadurch die Sicherheit oder den religiösen oder gesellschaftlichen Frieden bedroht oder gefährdet. Doch wie ein Polizist einschätzen soll, ob eine Sicherheitsgefährdung vorliegt, ist unklar. Soll er etwa auf sein Bauchgefühl hören? Und wie soll das eine nachgelagerte Rekursinstanz beurteilen? Die Politiker versuchen, mit dem Gesetz Ängste der Bevölkerung zu lindern. Ängste vor etwas, das gar nicht real ist. Denn auf den Strassen im Kanton sind keine Burkasuren überliefert. Niqabträgerinnen wurden schon gesehen, aber nicht in Massen. Die Furcht ist trotzdem da. Auch im Land wurde kaum je eine vollverschleierte Frau gesehen. Dennoch sprachen sich in der «Vaterland»-Wochenumfrage von Ende September 76 Prozent für ein Verhüllungsverbot aus. Haben wir etwa Angst auf Vorrat? *Jeremias Büchel*

BALD 80 TEAMS
SIND SCHON DABEI! UND DU?



jetzt anmelden:
www.doerferduell.com

Offene Kritik aus den eigenen Reihen

Gesundheitspolitik Das OKP-Abkommen mit der Schweiz sorgt für Unruhe bei der Bürgerpartei – mit offenem Ausgang.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Bei der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) zeichnet sich offensichtlich ein veritabler innerparteilicher Krach über das Abkommen mit der Schweiz betreffend die gegenseitige Übernahme der Kosten für ambulante Leistungen der OKP ab. So erklärt der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser in einer Stellungnahme: «Die Regierung hat dem Druck der Schweiz nachgegeben und einem Abkommen zugestimmt, das zwar für die Schweiz lukrativ ist, die Interessen Liechtensteins aber völlig ausser Acht lässt.»

«Nachverhandlungen oder Handbremse»

Doch bei diesem Vorwurf lässt es Kaiser nicht bewenden. Er stellt eine klare Forderung gegen seine Parteikollegen in der Regierung auf: «Wenn Regierungschef Adrian Hasler und Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini im Landtag von nächster Woche dieses Abkommen zwecks dringender notwendiger Nachverhandlung nicht von sich aus zurückziehen, liegt es am Landtag, die Handbremse zu ziehen und dezidiert «gleich lange Spiesse» sowie ein Staatsabkommen einzufordern, dass Liechtenstein nicht dermassen einseitig benachteiligt.» Die

Deutlichkeit der Kritik und der Miteinbezug von Regierungschef Adrian Hasler deutet darauf hin, dass der Haussegen bei der FBP – zumindest was das von Mauro Pedrazzini ausgehandelte Abkommen anbelangt – derzeit ziemlich schief hängt.

Ausser DU-Chef alle kritisch

Johannes Kaiser ist in seiner Fraktion nicht der Einzige, der dem Abkommen nicht viel abgewinnen kann. So erklärte gestern FBP-Fraktions Sprecher Daniel Oehry gegenüber «Radio L»: «Das Abkommen führt zu einer Mengenaufweitung. Im Landtag habe ich gelernt, dass damit unsere Krankenkassenprämien steigen würden. Aus diesem Grund stehe ich diesem Staatsvertrag kritisch gegenüber.» Deutlich dürfte das Nein der Freien Liste ausfallen, wie den Ausführungen des Fraktionsprechers Georg Kaufmann zu entnehmen war.

Etwas differenzierter äusserte sich VU-Fraktions Sprecherin Violanda Lanter-Koller gegenüber dem Landessender. Für sie geht es, wie schon bei der Diskussion über das Landesspital, zunächst darum, zu klären, in welche Richtung sich die ambulante Grundversorgung in Liechtenstein entwickeln soll. In diesem

Zusammenhang fehlen ihr vor allem eine bessere Begründung durch den Gesundheitsminister. «Im Bericht und Antrag ist nicht ersichtlich, was langfristig die Vorteile dieses Abkommens sein sollen», so Lanter-Koller.

Der Fraktions Sprecher der Unabhängigen Harry Quaderer ist bisher der einzige Abgeordnete, der sich in der Öffentlichkeit uneingeschränkt positiv zum Abkommen geäussert hat. «Ich finde dieses Abkommen gut. Jetzt erhalten wir «längere Spiesse». Wir erhalten eine grössere Auswahl an Ärzten und eine grössere Transparenz. Zudem habe ich das Gefühl, dass wir in gewissen Bereichen auch bessere Tarife erhalten», so Quaderer gegenüber «Radio L».

Die Abstimmung wird knapp ausfallen

Die Entscheidung über das Abkommen am nächsten Mittwoch im Landtag wird aufgrund der bisher gemachten Äusserungen auf jeden Fall knapp ausfallen. Ein entscheidender Faktor dabei wird sein, wie weit der Streit innerhalb der FBP bis zum Nikolaustag eskaliert. Nicht zu erwarten ist, dass Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini der Forderung von Johannes Kaiser nachkommt und das Abkommen von sich aus zurückzieht. 6

Weihnachtliche Stimmung in Vaduz



Weitere Bilder: www.vaterland.li/fotogalerie

Geschmückt Gestern wurde auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz der Weihnachtsbaum enthüllt. Gamprins Vorsteher Donath Oehri übergab den Baum aus seiner Gemeinde an Regierungschef Adrian Hasler. Bild: Tatjana Schnalzer

Für Homosexuelle bleibt Blutspenden schwierig

Seit Juli dieses Jahres dürfen homosexuelle Männer Blut spenden. Bedingung ist, dass sie ein Jahr lang keinen Sex mit Männern gehabt haben. Der Nationalrat möchte auch diese Beschränkung abschaffen, doch der Ständerat ist dagegen. Diese sei zu einem Zeitpunkt eingereicht worden, in dem Homosexuelle noch ganz von der Blutspende ausgeschlossen gewesen seien, sagte Kommissions Sprecher Konrad Graber (CVP/LU). Seither habe das Heilmittelinstitut swissmedecine Anpassung verlangt. Letzten Sommer wurde die Blutspende von Homosexuellen unter der Bedingung zugelassen, dass sie in den letzten 12 Monaten keinen Sex mit Männern gehabt haben. Entscheidend

sei das Risikoverhalten und nicht die sexuelle Orientierung, erklärte Graber. Auch die Fragen, die vor der Blutspende beantwortet werden müssten, seien nicht diskriminierend. Dieser richteten sich an alle Blutspender und dienten der Sicherheit der Empfängerinnen und Empfänger. Liliane Maury Pasquier (SP/GE) war anderer Meinung. Sex unter Männern in stabiler Partnerschaft stelle kein Risikoverhalten dar, führe aber trotzdem zum Ausschluss, sagte sie. Das konnte Claude Janiak (SP/BL) bezeugen. Er lebt in eingetragener Partnerschaft, nach eigener Aussage aber «nicht in klösterlichen Verhältnissen». Trotzdem sei es ihm unmöglich, Blut zu spenden. (sda)

Schneider-Ammann lanciert Keller-Sutter als Nachfolgerin

Es ist unüblich, dass sich Bundesräte zu potenziellen Nachfolgern äussern. Umso überraschender sind daher Aussagen von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann an der offiziellen Feier für die frisch gebackene Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter gestern Abend in Wil. Ihre Wahl sei «ein Ablenkungsmanöver, das nur den Weg in meine Fusstapfen freihalten soll», sagte der FDP-Bundesrat vor geladenen Gästen in der Kirche St. Nikolaus.

Auf Nachfrage des «St. Galler Tagblatts», wie er diesen Satz gemeint habe, hielt Schneider-Ammann fest: «Ich habe gesagt,



Zwei, die sich verstehen: Johann Schneider-Ammann und Karin Keller-Sutter. Bild: Keystone

was wichtig ist.» Zur Erinnerung: Der Berner Magistrat wurde 2010 anstelle der damaligen St. Galler Regierungsrätin als Nachfolger von Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat gewählt. Mittlerweile halten viele Bundespolitiker diese Entscheidung für einen Fehler. Der mittlerweile 53-jährigen Keller-Sutter werden parteiübergreifend gute Chancen eingeräumt, sollte sie sich erneut einer Wahl in die Landesregierung stellen.

Wann Schneider-Ammann zurücktritt, ist offen. Dem Vernehmen nach soll er erst kurz vor den Wahlen im Frühjahr 2019 zurücktreten. (tb)